

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 48 | 02.12.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 98/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Rechtspflegergesetz** geändert wird (Verschiebung von Zuständigkeiten der RichterInnen und RechtspflegerInnen auf verschiedenen Gebieten des Zivilverfahrensrechts)

[BGBl I 99/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 - UWG** und das **Preisauszeichnungsgesetz** geändert werden (Verbot für den Betreiber einer Buchungs- bzw Vergleichsplattform, mit einem Gastgewerbetreibenden bzw Beherbergungsunternehmen zu vereinbaren, dass dieser für seine Unterkunftsvermietung auf anderen Vertriebswegen inklusive der eigenen Website entweder keinen günstigeren Preis und/oder keine anderen günstigeren Bedingungen als auf der Plattform anbieten dürfe; Aufhebung der Bestimmung über die Verrechnung in Gebührenimpulsen für handvermittelte Telefongespräche; Klarstellung, dass bei der Preisauszeichnung § 13 Abs 1 PreisauszeichnungsG gilt, welcher ua auf die Bruttopreisauszeichnung verweist; Freiheit des Gastgewerbetreibenden bei seiner Preisauszeichnung)

[BGBl I 100/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem die Exekutionsordnung, das Gerichtsgebührengesetz, das Gerichtliche Einbringungsgesetz und das Vollzugsgebührengesetz geändert werden (**Exekutionsordnungs-Novelle 2016** – EO-Nov. 2016) (Verbesserung der Effizienz des Rechtsschutzes; Verfahrensvereinfachung bei der Gehaltsexekution; Effizienzsteigerung des Vollzugs und Verkürzung der Vollzugszeit)

[BGBl II 354/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Festlegung der außerbudgetären Einheiten des Bundes gemäß Bundeshaftungsobergrenzengesetz für das Jahr 2017 (**Bundeshaftungsobergrenzenverordnung 2017**)

[BGBl II 355/2016](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen, mit der die Ärztekammer-Wahlordnung 2006 (ÄKW 2006), geändert wird (**1. Novelle der ÄKW 2006**)

[BGBl II 356/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über Arbeitsverhältnisse zu Hochschülerinnen- und Hochschülerschaften – **Hochschülerinnen- und Hochschülerschafts-Dienstvertragsverordnung** (HS-DVV)

[BGBl II 357/2016](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über die **Aufhebung einer Wortfolge in der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012** durch den Verfassungsgerichtshof

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 319 v 25.11.2016, 13](#)

Beschluss (EU) 2016/2057 der Kommission vom 2. Mai 2016 über die **staatliche Beihilfe** und Maßnahmen SA 29338 (2013/C-30) und SA 44910 (2016/N) zugunsten der HSH Nordbank AG (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2016) 2689)

[ABI L 320 v 26.11.2016, 40](#)

Beschluss (EU) 2016/2078 der Kommission vom 4. Juli 2016 über die Maßnahmen SA 41617-2015/C (ex SA 33584-2013/C (ex 2011/NN)), der Niederlande in Bezug auf den **Profifußballverein NEC in Nimwegen** (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2016) 4048)

[ABI L 321 v 29.11.2016, 57](#)

Beschluss (EU) 2016/2084 der Kommission vom 10. Juni 2016 über die **Staatliche Beihilfe** SA 38132 (2015/C) (ex 2014/NN) — Zusätzliche Ausgleichsleistungen für Gemeinwohlverpflichtungen zugunsten von Arfea (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2016) 3472)

[ABI L 323 v 29.11.2016, 1](#)

Verordnung (EU) 2016/2067 der Kommission vom 22. November 2016 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1126/2008 zur Übernahme bestimmter **internationaler Rechnungslegungsstandards** gemäß der Verordnung (EG) Nr 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf den **International Financial Reporting Standard 9**

[ABI L 325 v 30.11.2016, 1](#)

Beschluss (EU) 2016/2068 der Kommission vom 29. Juli 2013 über die **staatliche Beihilfe** SA 35611 (13/C), die Frankreich der Gruppe PSA Peugeot Citroën SA zu gewähren plant (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2013) 4971)

[ABI L 325 v 30.11.2016, 63](#)

Beschluss (EU) 2016/2069 der Kommission vom 1. Oktober 2014 über die von Belgien durchgeführten Maßnahmen SA 14093 (C76/2002) zugunsten von **Brussels South Charleroi Airport und Ryanair** (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2014) 6849)

[ABI L 326 v 01.12.2016, 18](#)

Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr 260/15/COL vom 30. Juni 2015 über eine mutmaßliche **staatliche Beihilfe** zugunsten von Síminn für den Ausbau von Breitbanddiensten in ländlichen Gebieten Islands (Island) [2016/2101]

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

22.09.2016, [V 14/2016 ua](#)

Jachtführung-PrüfungsO; Seeschiffahrts-VO; Zurückweisung eines **Individualantrags** auf Aufhebung der Jachtführung-PrüfungsO und von Bestimmungen der Seeschiffahrts-VO mangels **Eingriffs in die Rechtssphäre** der antragstellenden Betreiberin einer Schiffsführerschule

22.09.2016, [E 850/2016 ua](#)

AsylG; FremdenpolizeiG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung des Antrags einer tschetschenischen Familie auf **internationalen Schutz** und Feststellung der Zuständigkeit Polens sowie Anordnung der **Außerlandesbringung** mangels hinreichender Auseinandersetzung mit dem Gesundheitszustand des Viertbeschwerdeführers

23.09.2016, [V 98/2015 ua](#)

Wr BauO; keine Gesetzeswidrigkeit eines Wr Plandokuments hinsichtlich einer **Wohngebietswidmung** im 6. Bezirk mit Festlegung der hinteren Baufluchtlinie; keine Überschreitung des **planerischen Gestaltungsspielraums** durch Fortschreibung bestehender Festlegungen nach umfangreicher Interessenabwägung

23.09.2016, [E 878/2015 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch **Versagung** eines **Einreisetitels** für eine afghanische Familie wegen Unterlassens der Ermittlungstätigkeit zur Frage des Bestehens eines Familienverhältnisses zur in Österreich subsidiär schutzberechtigten Bezugsperson

23.09.2016, [E 1724/2015](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung** von Fremden untereinander durch Zurückweisung eines Folgeantrags **wegen entschiedener Sache**; keine Feststellungen hinsichtlich der Frage der Zuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten

23.09.2016, [E 818/2016](#)

ArbeitslosenversicherungsG; Verletzung im Recht auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung und im Gleichheitsrecht durch Widerruf und Verpflichtung zur **Rückzahlung von Arbeitslosengeld** und Notstandshilfe; Absehen von der **mündlichen Verhandlung** mangels eines hinreichend geklärten Sachverhalts im Hinblick auf den Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht vertretbar; Unsachlichkeit der Heranziehung von Sanierungsgewinnen bei Beurteilung der **wirtschaftlichen Notlage**

23.09.2016, [E 1129/2016](#)

VwGVG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung einer Beschwerde an das BVwG als verspätet wegen Versäumung der **Beschwerdefrist** infolge eines gehäuften Verkennens der Rechtslage

15.10.2016, [A 15/2015](#)

Oö GrundversorgungsG; Zurückweisung der Klage einer Asylwerberin auf Zahlung **nicht geleisteter Grundversorgung** wegen in Betracht kommender bescheidmäßiger Erledigung des Anspruchs; Bescheid auch bei faktischer Verweigerung oder Einschränkung von behaupteterweise zu Unrecht vorenthaltenen Grundversorgungsleistungen zu beantragen; unionsrechtlich gebotener Rechtsschutz angesichts der behördlichen Verpflichtung zur raschen Entscheidung gewährleistet; Verweisung auf den Verwaltungsrechtsweg verfassungsrechtlich und unionsrechtlich nicht zu beanstanden

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

06.09.2016, [Ra 2016/18/0192](#)

B-VG; Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung iSd Art 133 Abs 4 B-VG können nicht nur solche des materiellen, sondern auch des Verfahrensrechts sein, wovon jedenfalls dann auszugehen ist, wenn tragende Grundsätze des Verfahrensrechts auf dem Spiel stehen; die **Beweiswürdigung des VwG** ist jedoch im Allgemeinen nicht revisibel; eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung liegt in diesem Zusammenhang nur dann vor, wenn das VwG die Beweiswürdigung in einer die Rechtssicherheit beeinträchtigenden, unvertretbaren Weise vorgenommen hätte

08.09.2016, [Ro 2015/11/0016](#)

KraftfahrG; Abweisung eines Antrags auf Erteilung der Ermächtigung zur wiederkehrenden Begutachtung von Kraftfahrzeugen gem § 57a Abs 2 KraftfahrG; die Grundlage für die **Beurteilung der Vertrauenswürdigkeit** ist nicht auf Fehlverhalten in Zusammenhang mit einer Begutachtungstätigkeit beschränkt; das VwG durfte also auch die in Rede stehenden Verwaltungsübertretungen in die Beurteilung mit einbeziehen und kam zu Recht zu der Auffassung, dass das dargelegte Gesamtverhalten die Vertrauenswürdigkeit erschütterte

05.10.2016, [Ra 2016/10/0096](#)

Ktn NaturschutzG; Nichterteilung einer naturschutzrechtlichen Ausnahmebewilligung; die in § 10 Abs 3 lit b Ktn NaturschutzG vorgesehene **Interessenabwägung** kann nur **projektbezogen** erfolgen; bloß allgemein gehaltene Planungen oder in ungewisser Zukunft liegende Projekte können der gebotenen Interessenabwägung keine taugliche Grundlage geben; es wäre daher ggst Aufgabe der Ausnahmebewilligungswerberin gewesen, ihre gewerbliche bzw industrielle Nutzung der Parzelle zu konkretisieren

11.10.2016, [Ra 2016/01/0169](#)

StaatsbürgerschaftsG; Abweisung eines Antrags auf Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft; § 10 Abs 1 Z 7 StaatsbürgerschaftsG stellt darauf ab, ob der Lebensunterhalt des Verleihungswerbers hinreichend gesichert ist; der Fremde hat seinen nicht **gesicherten Lebensunterhalt** gem § 10 Abs 1b leg cit insbesondere dann nicht zu vertreten, wenn dieser auf einer Behinderung oder auf einer dauerhaften schwerwiegenden Krankheit beruht; der von der Rw behauptete Umstand, sie habe auf Grund ihres Aufenthaltstitels nur einer geringfügigen bzw Teilzeitbeschäftigung nachgehen können, stellt keinen derartigen mit einer Behinderung oder einer dauerhaften schwerwiegenden Krankheit vergleichbaren Grund dar; „freiwillige Geldgeschenke einer dritten Person“ sowie finanzielle Zuwendungen, auf welche kein Rechtsanspruch iSe gesetzlichen Unterhaltsanspruchs besteht, stellen keine Einkünfte iSd § 10 Abs 5 erster Satz leg cit dar

11.10.2016, [Ra 2016/11/0140](#)

ZahnärzteG; Entziehung der zahnärztlichen Berufsberechtigung; § 6 Abs 1 Z 2 ZahnärzteG gleicht im Wesentlichen § 4 Abs 2 Z 2 ÄrzteG und § 11 Z 4 des PsychotherapieG; für die **Auslegung** des Begriffs der „**Vertrauenswürdigkeit**“ als Voraussetzung für die Ausübung des zahnärztlichen Berufs hat das VwG sohin zu Recht die Judikatur des VwGH zu den genannten Vorschriften herangezogen; dass anlässlich der Schaffung eines eigenen ZahnärzteG das Begriffsverständnis der „Vertrauenswürdigkeit“ gegenüber dem des ÄrzteG verändert werden sollte, ist nicht ersichtlich

17.10.2016, [Ro 2015/03/0035](#)

Stmk JagdG; bescheidmäßige Festsetzung des Abschussplans für Rehwild; nach § 56 Abs 3 Stmk JagdG hat die Bezirksverwaltungsbehörde vor ihrer Entscheidung über die Festsetzung des **Abschussplans** den Bezirksjägermeister (wie auch den Vertreter der Bezirkskammer) „anzuhören“; ihm kommt daher ein, im verwaltungsgerichtlichen Verfahren auch tatsächlich eingeräumtes, **Anhørungs- und Stellungnahmerecht** zu; Stellungnahmen unterliegen wie insb SV-Gutachten der freien Beweiswürdigung durch die Behörde und sind demnach Grundlage für die Entscheidungsfindung

18.10.2016, [Ra 2016/03/0069](#)

VwGVG; Verhängung einer Geldstrafe wegen Übertretung des GüterbeförderungsgG; für das Verfahren der VwG in Verwaltungsstrafsachen gilt, dass der **mündlichen Verkündung** des Erkenntnisses auch in **Abwesenheit aller Parteien** Rechtswirksamkeit zukommt, sofern die Parteien ordnungsgemäß geladen waren; das Gleiche gilt, wenn sich die Parteien vor der Verkündung der Entscheidung von der Verhandlung entfernt haben

25.10.2016, [Ro 2014/07/0035](#)

Oö Flurverfassungs-LandesG; bescheidmäßige Einleitung eines Flurbereinigungsverfahrens; die Aufrechterhaltung oder Begründung von **Dienstbarkeiten** stellt einen Teil der mit dem Flurbereinigungsplan erfolgenden **Neuordnung des Flurbereinigungsgebiets** dar, sie sind daher im Flurbereinigungsplan zu begründen oder aufrecht zu erhalten; dabei kommt es ausschließlich auf die Beantwortung der Frage an, ob die Dienstbarkeit im öffentlichen Interesse oder aus wirtschaftlichen Gründen notwendig ist; § 24 Abs 1 Oö Flurverfassungs-LandesG bezweckt keinen Schutz wohlervorbener Rechte, sondern stellt allein auf das Vorhandensein öffentlicher Interessen oder einer Notwendigkeit der Dienstbarkeit aus wirtschaftlichen Gründen ab

02.11.2016, [2013/06/0206](#)

Tir BauO; Erteilung der **Baubewilligung** für die Errichtung einer Wohnanlage samt Stellplätzen; div **Nachbareinwendungen**; eine über das übliche Maß hinausgehende Immissionsbelastung der Nachbarn ist nicht ausgeschlossen, wenn Stellplätze in einer Tiefgarage geplant sind, welche mit besonderen Lüftungen bzw Schallverhältnissen verbunden sind; es wäre ggst somit erforderlich gewesen, durch die Einholung von SV-Gutachten die Immissionsbelastung an der jeweiligen Grundgrenze des Bf festzustellen und deren Auswirkungen auf den menschlichen Organismus zu beurteilen; eine Beurteilung der jeweiligen Immissionsbelastung hat jedenfalls hinsichtlich sämtlicher geplanter Stellplätze zu erfolgen

02.11.2016, [Ra 2015/06/0131](#)

Tir BauO; Versagung der **Baubewilligung** für einen Dachgeschoßausbau; div **Nachbareinwendungen**; der Wortlaut des § 6 Abs 9 lit c Tir BauO „keine zusätzlichen nachteiligen Auswirkungen auf die angrenzenden Grundstücke“ ist dahin zu verstehen, dass es auf eine Verschlechterung nachteiliger Auswirkungen an der Grundgrenze des Nachbarn ankommt, also der tatsächlich gegebenen Auswirkungen; im Rahmen einer Prognosebeurteilung sind die Auswirkungen aller bisher zulässigen Verwendungen den zu erwartenden Auswirkungen auf Grund des projektierten Vorhabens einschließlich allfälliger immissionsreduzierender Maßnahmen gegenüber zu stellen

02.11.2016, [Ra 2016/06/0088](#)

UVP-G; VwGVG; Abnahmeprüfung nach dem UVP-G betreffend „Vorhaben Spielberg NEU“; das BVwG hätte eine **mündliche Verhandlung** gem § 24 Abs 1 VwGVG durchzuführen gehabt; die Begründung, von einer mündlichen Verhandlung habe abgesehen werden können, weil eine mündliche Erörterung keine weitere Klärung der Angelegenheit habe erwarten lassen und der Sachverhalt von den rw Parteien nicht bestritten worden sei, war unzureichend; die rw Parteien rügten **Mängel** des schalltechnischen **Gutachtens des nichtamtlichen SV** und einen Widerspruch betreffend die Zunahme/Abnahme der Schallimmissionen; einem Vorbringen betreffend die Schlüssigkeit von Gutachten kommt auch dann Gewicht zu, wenn es nicht auf gleicher fachlicher Ebene angesiedelt ist; das Aufzeigen eines Mangels oder von Widersprüchen in Gutachten ist jedenfalls geeignet, die Tatsachenfeststellungen der Behörde substantiiert zu bestreiten, sofern die Behörde ihre Entscheidung auch auf diese Gutachten stützt

08.11.2016, [Ra 2016/02/0171](#)

VStG; Verhängung einer **Geldstrafe** wegen Übertretung des GüterbeförderungsG sowie des KraftfahrG; gem § 9 Abs 1 VStG ist für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften durch juristische Personen oder eingetragene Personengesellschaften, strafrechtlich verantwortlich, wer zur Vertretung nach außen berufen ist; ggst bestreitet der Rw, dass er ein zur Vertretung nach außen berufenes Organ und somit verantwortlich sei; das VwG hat sich zur Begründung der **Verantwortlichkeit** lediglich auf Aktenbestandteile aus dem Verwaltungsakt der BH gestützt, die in Anbetracht des Vorbringens des Rw und des von ihm vorgelegten Firmenbuchauszugs keinen ausreichend nachvollziehbaren Nachweis dafür darstellen, dass der Rw Geschäftsführer sei

09.11.2016, [Ra 2016/11/0117](#)

FührerscheinG; Wiederausfolgung eines vorläufig abgenommenen Führerscheins; der Verpflichtung zur Ausfolgung des Führerscheins gem § 39 Abs 3 und § 28 Abs 1 FührerscheinG wird nur dann entsprochen, wenn das vorläufig abgenommene Führerscheindokument (und nicht ein anderer Führerschein) ausgefolgt wird; die (beantragte) Ausfolgung des Führerscheins berechtigt daher weder zur „Erteilung“ einer Lenkberechtigung noch zur Befristung derselben; vor diesem Hintergrund kam die „Ausstellung“ eines (befristet gültigen) Führerscheins gem § 17a Abs 1 leg cit ebenso wenig in Betracht, wie der amtsweilige Umtausch des Führerscheins des Rw gem § 40 leg cit

09.11.2016, [Ro 2014/10/0043](#)

ForstG; Versagung einer Rodungsbewilligung; ein in der **Agrarstrukturverbesserung** begründetes **öffentliches Interesse** an einer anderen Verwendung der zur **Rodung** beantragten Fläche ist dann zu bejahen, wenn die Rodung eine Maßnahme darstellt, die für die Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebs unter dem Gesichtspunkt der Existenzsicherung dieses Betriebs oder dem gleichermaßen bedeutsamen Blickwinkel der Erfordernisse eines zeitgemäßen Wirtschaftsbetriebs notwendig ist; rein privatwirtschaftliche Nützlichkeits- oder Zweckmäßigkeitserwägungen reichen zur Begründung eines öffentlichen Interesses an einer anderweitigen Verwendung von Waldboden nicht aus

09.11.2016, [Ro 2014/10/0055](#)

Wr NaturschutzG; bescheidmäßiger Auftrag zur Entfernung einer Steganlage; in den Tatbeständen des § 18 Abs 1 Z 1 bis 3 und Abs 2 Z 1 bis 9 Wr NaturschutzG hat der Gesetzgeber die Konjunktion „und“ in § 18 leg cit **nicht** im Sinne **kumulativ zu erfüllender Voraussetzungen** verwendet, wird doch etwa auf die „Errichtung und wesentliche Änderung“ (Abs 1 Z 1 sowie Abs 2 Z 2 und 9), die „Neuanlage, Verlegung und Verbreiterung“ (Abs 2 Z 1), die „Neuanlage, Verlegung und Vergrößerung“ (Abs 2 Z 3), die „Neuanlage und wesentliche Änderung“ (Abs 2 Z 5) bzw die „Neuerrichtung und wesentliche Änderung“ (Abs 2 Z 6) Bezug genommen, obwohl auch die Konjunktion „oder“ verwendet wurde (Abs 1 Z 1 und 2 sowie Abs 2 Z 3 und 8); zudem ließe eine derartige Auslegung die Bewilligungstatbestände des § 18 Abs 1 und 2 leg cit in weiten Teilen als ins Leere gehend erscheinen, was mit den in § 1 leg cit formulierten Zielsetzungen des Gesetzes unvereinbar wäre

09.11.2016, [Ro 2014/10/0091](#)

Bgld NaturschutzG; Versagung der naturschutzbehördlichen Bewilligung; die Frage, ob ein bestimmtes Bauvorhaben mit dem **Flächenwidmungsplan** vereinbar ist, stellt im **naturschutzbehördlichen Verfahren** eine, von der Baubehörde als Hauptfrage zu lösende, **Vorfrage** dar; die Naturschutzbehörde ist insoweit an eine Entscheidung der Baubehörde gebunden

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Nö 02.11.2016, [LVwG-AV-1082/001-2016](#)

GewO; wird in einer gemäß Art 132 Abs 1 Z 1 B-VG erhobenen Beschwerde die **Verletzung eines der bf Partei zukommenden subjektiv-öffentlichen Rechts** nicht behauptet, sondern wird nur die (allfällige) Verletzung von der Partei nicht (mehr) zukommenden subjektiv-öffentlichen oder bloß öffentlichen Interessen geltend gemacht, fehlt es an der Möglichkeit der Rechtsverletzung im geltend gemachten (behaupteten) Bereich; eine inhaltliche Entscheidung über die Beschwerde ist dem VwG in diesem Fall verwehrt und die Beschwerde zurückzuweisen

LVwG Tir 04.10.2016, [LVwG-2016/41/0618-12](#)

ZiviltechnikerG; der in Deutschland abgelegte **Studiengang Bauingenieurwesen** entspricht zwar dem **fachlichen Bereich des Ziviltechnikers**, ist jedoch nicht als ausreichender Nachweis gem § 3 iVm § 6 ZiviltechnikerG zu werten, da das ZiviltechnikerG nur auf Bestimmungen des österreichischen UniversitätsG verweist und selbst bei gleicher Anzahl von zu absolvierenden ECTS-Punkten nicht grundsätzlich auf die Gleichheit eines deutschen Diploms mit einem österreichischen geschlossen werden kann

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

30.11.2016, [Rs C-486/15 P, Kommission / Frankreich und Orange](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Finanzmaßnahmen zugunsten von France Télécom – Angebot eines Aktionärsvorschlusses – Öffentliche Erklärungen von Vertretern des französischen Staates – Entscheidung, mit der die Beihilfe für mit dem **Gemeinsamen Markt unvereinbar** erklärt wird – Begriff ‚Beihilfe‘ – Begriff ‚wirtschaftlicher Vorteil‘ – Kriterium des **umsichtigen privaten Kapitalgebers** – Begründungspflicht des Gerichts – Grenzen der gerichtlichen Kontrolle – Verfälschung der streitigen Entscheidung

01.12.2016, Rs C-395/15, Daouidi

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Sozialpolitik** – Richtlinie 2000/78/EG – **Gleichbehandlung** in Beschäftigung und Beruf – Art 1 bis 3 – Verbot der **Diskriminierung** wegen einer **Behinderung** – Vorliegen einer ‚Behinderung‘ – Begriff der langfristigen körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigungen – **Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – Art 3, 15, 21, 30, 31, 34 und 35 – Entlassung eines Arbeitnehmers, der auf unbestimmte Zeit **vorübergehend arbeitsunfähig** im Sinne des nationalen Rechts ist

01.12.2016, Rs C-642/15 P, Klement / EUIPO

Rechtsmittel – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – **Unionsmarke** – Dreidimensionale Marke, die die Form eines Ofens darstellt – Art 51 Abs 1 Buchst a – Antrag auf Erklärung des **Verfalls einer Unionsmarke** – Art 15 Abs 1 Unterabs 2 Buchst a – Ernst-hafte Benutzung der Marke – Zurückweisung des **Antrags auf Nichtigklärung**

B. SCHLUSSANTRÄGE

29.11.2016, Rs C-544/15, Fahimian (GA Szpunar)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Richtlinie 2004/114/EG – Art 6 Abs 1 Buchst d – Bedingungen für die Zu-lassung von **Drittstaatsangehörigen** zur Absolvierung eines **Studiiums** – Versagung der Zulassung einer Person – Begriff der ‚**Bedrohung für die öffentliche Sicherheit**‘ – Beurteilungsspielraum des Mitgliedstaats – Gerichtliche Überprüfung

01.12.2016, Rs C-598/14 P, EUIPO / Szajner (GA Kokott)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Wortmarke ‚LAGUIOLE‘ – Antrag auf **Nichtigklärung** aufgrund der Rechte an der älteren Firma ‚Forge de Laguiole‘ – Teilweise Nichtigklärung durch die **Beschwerdekammer des EUIPO** – Teilweise Aufhebung der Entscheidung der Beschwerdekammer durch das Gericht – Art 8 Abs 4, Art 53 Abs 1 Buchst c und Art 65 Abs 1 und 2 der **Verordnung Nr 207/2009** – Bestimmung der Reichweite des Schutzes, der einem Kennzeichen durch das maßgebliche nationale Recht verliehen wird – Nach der Entscheidung der Beschwerdekammer des EUIPO ergangenes nationales Urteil – Kontrolle der Entscheidung der Beschwerdekammer durch das Gericht – Art 58 Abs 1 der Satzung des Gerichtshofs – Kon-trolle der Entscheidung des Gerichts durch den Gerichtshof im Rechtsmittelverfahren

01.12.2016, Rs C-298/15, Borta (GA Sharpston)

Öffentliche Aufträge – Qualitative Auswahlkriterien – Verpflichtung des erfolgreichen Bieters, die ‚Hauptleistung‘ selbst zu erbringen – Nachweis der beruflichen Leistungsfähigkeit – Von einer Gruppe von Anbietern eingereichtes Angebot – Erforder-nis, dass der Beitrag eines jeden Kooperationspartners seinem Anteil an der nachgewiesenen beruflichen Leistungsfähigkeit entspricht – **Auftragsvergabeverfahren** – **Änderung der Verdingungsunterlagen** im Laufe des Vergabeverfahrens – **Gleichbehandlungsgrundsatz und Transparenzgebot**

01.12.2016, Rs C-668/15, Jyske Finans (GA Wahl)

Richtlinie 2000/43/EG – Art 2 – **Gleichbehandlung** ohne Unterschied der **Rasse** oder der **ethnischen Herkunft** – **Ge-schäftspraxis eines Kreditinstituts** bei Kfz-Krediten – Richtlinie 2005/60/EG – Art 13 – Verhinderung der Nutzung des Fi-nanzsystems zum Zwecke der **Geldwäsche** und der **Terrorismusfinanzierung** – Erfordernis, dass der Kunde zusätzliche Identitätsnachweise erbringt, wenn sein Führerschein einen Geburtsort ausweist, der nicht in den nordischen Ländern, in ei-nem Mitgliedstaat, in der Schweiz oder in Liechtenstein liegt

01.12.2016, Rs C-689/15, W F Gözze Frottierweberei und Gözze (GA Wathelet)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Unionsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 9 – Art 15 – **Ernsthafte Benutzung** – Verwendung einer Marke als Gütezeichen – Keine regelmäßigen Qualitätskontrollen bei den Lizenznehmern – Verfall der Rechte des Inhabers der Marke – **Gewährleistungsmarke**

C. GERICHT

[29.11.2016, T-545/15, Pi-Design / EUIPO - Société des produits Nestlé \(PRESSO\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – Internationale Registrierung – Antrag auf territoriale Ausdehnung des Schutzes – Wortmarke PRESSO – Ältere nationale Wortmarke PRESSO – **Relatives Eintragungshindernis** – Verwechslungsgefahr – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009

[01.12.2016, T-775/15, EK/servicegroup / EUIPO \(FERLI\)](#)

Unionsmarke – Anmeldung der Unionswortmarke FERLI – **Erfordernis der Klarheit** – Art 28 der Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Verteidigungsrechte – Art 75 Satz 2 der Verordnung Nr 207/2009

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

29.11.2016, Beschwerde Nr [34238/09](#), *Lhermitte / Belgien* (GK)

Keine Verletzung von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Vorgehensweise** im Rahmen der Ermittlungen bzw des **strafgerichtlichen Verfahrens** machten die **Begründung** der Verurteilung für die Bf, die wegen Mords an ihren fünf Kindern belangt worden war, **nachvollziehbar**

29.11.2016, Beschwerde Nr [76943/11](#), *Lupeni Greek Catholic Parish ua / Rumänien* (GK)

Verletzung von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **fehlende** Ausschöpfung bestehender rechtlicher Möglichkeiten zur Klärung von Unstimmigkeiten im Zuge der **Auslegung gesetzlicher Bestimmungen** führte zu **konträren Urteilen** im Zusammenhang mit dem Verfahren zur **Restitution einer zwangsenteigneten Kirche** der bf griechisch-katholischen Kirchengemeinschaft; Verletzung des Prinzips der Rechtssicherheit, des Rechts auf eine mündliche Verhandlung sowie des Rechts auf ein faires Verfahren innerhalb angemessener Frist

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heimpl, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.